

# Wahlprüfsteine bzgl. Kernthemen der Altersversorgung/berufsständischen Altersversorgung für die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 auf Basis der veröffentlichten Wahlprogramme/ Programmentwürfe

Die Reihenfolge der Parteien in unserer Tabelle orientiert sich an den Umfrageergebnissen, die das Markt- und Sozialforschungsinstitut INSA am 13. Januar 2025 veröffentlicht hat.

|   | CDU/CSU  | AfD   | SPD   | Bündnis 90/Die Grünen   | BSW  | FDP  | Die Linke   |
|---|--|---|---|---|--|--|---|
| <b>Altersversorgung:</b><br><br><b>Wer soll zukünftig in die Deutsche Rentenversicherung einzahlen?</b> | Versorgungswerke werden weder direkt noch indirekt angesprochen                        | <p>„Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen (...)“</p> <p>„(...) Verbeamtenungen nur noch für diejenigen vorsehen, die mit Hoheitsaufgaben betraut sind, so dass die große Mehrheit der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung einbezahlt (...)“</p> <p>„(...) Einbeziehung der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung (...)“</p> | „Wir wollen mehr und langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen.“ | <p>„Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir als ersten Schrittauf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen. Auch nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen.“</p> | „Alle Erwerbstätigen, auch alle Bundestagsabgeordneten und Bundesminister, [sollen] verpflichtend in die gesetzliche Rente einzahlen.“ | ---  | <p>„Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen auch Beam*t*innen, Selbstständige, Freiberufler*t*innen, Manager*t*innen und Abgeordnete in eine »Solidarische Erwerbstätigenversicherung« ein.“</p> |
| <b>Erwerbstätigenversicherung</b>   | <b>Nein</b><br>Existenz der Versorgungswerke wird als selbstverständlich akzeptiert    | <b>Teilweise</b><br>Keine Aussage zu Versorgungswerken<br>Unsicher, da mehr Beitragszahler in der Deutschen Rentenversicherung, wobei zunächst nur Beamte und Politiker   | <b>Erwerbstätigenversicherung</b>   | <b>Bürgerversicherung</b>   | <b>Erwerbstätigenversicherung</b>  | <b>Nein</b>  | <b>Erwerbstätigenversicherung</b>   |
| <b>Altersvorsorgepflicht für Selbstständige</b>   | Verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind | ---   | „Alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben.“  | „Auch nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen.“   | „Alle Erwerbstätigen ... [sollen] verpflichtend in die gesetzliche Rente einzahlen.“   | Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. | „Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch Beam*t*innen, Selbstständige, Freiberufler*t*innen, Manager*t*innen und Abgeordnete in eine »Solidarische Erwerbstätigenversicherung« ein.“      |
| <b>Regelaltersgrenze</b>  | Festhalten an der Rente mit 67 + freiwillig länger                                     | Renteneintrittsalter flexibel   | Festhalten an der Rente mit 67  | Festhalten an der Rente mit 67  | Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters   | Renteneintrittsalter flexibel  | Absenkung auf 65 Jahre  |
| <b>„Rente mit 63“</b>   | Soll beibehalten werden  | Soll beibehalten werden   | Soll beibehalten werden   | Soll beibehalten werden   | Soll beibehalten werden  | ---  | Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst Beiträge gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können   |
| <b>Beitragsatz</b>  | Soll stabil gehalten werden  | ---   | ---   | Möglichst gering  | ---  | Beitragsniveau für Sozialabgaben maximal 40 %  | Verdoppelung Beitragsbemessungsgrenze   |
| <b>Rentenniveau</b>   | Stabiles Rentenniveau  | 70 % des letzten Nettoeinkommens  | Rentenniveau dauerhaft bei mindestens 48 %  | Rentenniveau dauerhaft bei mindestens 48 %  | Mindestens 75 % des letzten Nettoeinkommens  | Steigendes Rentenniveau durch echte individuelle Aktienrente   | 53 %  |
| <b>Finanzierung der Forderung</b>   |  | Finanzierung unklar   |   |   | Finanzierung unklar  |  | Finanzierung unklar   |
| <b>Grundlage der Auswertung</b>   | Wahlprogramm   | Programmentwurf   | Wahlprogramm, genannt „Regierungsprogramm“  | Entwurf Regierungsprogramm  | Wahlprogramm   | Wahlprogramm   | Wahlprogramm  |